

9.30

Bundesrätin Ingrid Winkler (SPÖ, Niederösterreich): Hohes Präsidium! Herr Vizekanzler! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat! Beim diesjährigen G7-Gipfel in Japan stand die Wirtschaft im Fokus. Die Kernaussage war: Die globale Konjunktur wird unter anderem vom niedrigen Ölpreis und der schwächelnden Konjunktur in Schwellenländern belastet.

Ich glaube zwar auch, dass wir in einer fordernden Zeit leben, aber ich sehe für den Wirtschaftsstandort sehr viele Chancen. Gestatten Sie mir, als ersten Punkt den Finanzausgleich zu nennen. Aus der Kommunalpolitik kommend werde ich die Finanzausgleichsverhandlungen sehr genau beobachten, denn ich sehe auch im Finanzausgleich die Möglichkeit, die Wirtschaft zu stärken und anzukurbeln. Die Kommunen sind nicht nur wichtige Arbeitgeber, sondern sie beleben auch die Wirtschaft, und das nicht nur durch Infrastrukturprojekte.

Die Entwicklung zeigt, dass schon jetzt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt. Neben den demografischen und ökologischen Aspekten übernehmen Städte auch eine wichtige wirtschaftliche Rolle. Sie fungieren als Motoren der Wirtschaft, des Wissens und der Innovation für die gesamte Region. Deswegen glaube ich, dass der urbane Raum zu stärken ist.

Bei einem aufgabenorientierten Finanzausgleich würden objektive Kriterien herangezogen, und der ländliche Raum könnte klar nachvollziehen, dass es zu keiner Besserstellung der Ballungsräume kommt, sondern dass Städte eben zentralörtliche Aufgaben zu erfüllen haben und diese auch angemessen finanziell abgegolten bekommen.

Ich komme jetzt zu einem anderen Themenkreis. Die Wirtschaft ist ja sehr vielfältig und bietet viele Themenkreise. Wir werden später die Möglichkeit haben, den Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich zu diskutieren. Dieser Bericht zeigt die große Bedeutung des Tourismus für die heimische Wirtschaft. Dabei sind die neuen Mobilitätsanforderungen, besonders im ländlichen Raum, zu berücksichtigen und auch zu unterstützen, und dieser boomende und wichtige Wirtschaftsfaktor ist seiner Bedeutung entsprechend zu fördern.

Auch wenn die Präsidentin des ... – (*Bundesrätin **Zwazi** betritt den Sitzungssaal.*) – Es tut mir leid, Sonja, du bist jetzt zum falschen Zeitpunkt hereingekommen. (*Bundesrätin **Zwazi**: Das ist mir aber schon öfter in meinem Leben passiert, dass ich zum falschen Zeitpunkt komme!*) Auch für mich als Sozialdemokratin gibt es zwei Themen, die du

nicht gerne hören wirst, nämlich die Wertschöpfungsabgabe und die Arbeitszeitverkürzung, aber diesen Themen wird sich mein Kollege Rene Pfister widmen.

Ich sehe auch in wirtschaftlichem Wachstum und vernünftiger Umweltpolitik keinen Widerspruch. Infrastrukturminister Leichtfried und seine MitarbeiterInnen legen unter anderem ihren Fokus auf Energie- und Umwelttechnologien und erneuerbare Energien mit dem Schwerpunkt nachhaltige Gebäude und Städte sowie intelligente Energiesysteme. Die Städte der Zukunft sollen zu Smart Citys werden, wobei als Themenbereiche noch einmal genannt seien: intelligente Gebäude, Mobilität, nachhaltige Energieversorgung und Verwertung von Reststoffen.

Die Umweltbranche ist in Österreich sehr breit aufgestellt, ob es um modernste Lösungen in der Recyclingbranche geht, revolutionäre Verfahren zur Enthärtung von Trinkwasser, ultraleichte Fahrzeugkonzepte mit extrem geringen CO₂-Emissionen oder viele andere Dinge mehr. Innovationen „made in Austria“ sind international sehr gefragt.

Die Zahlen sind leider nicht ganz aktuell – ich habe nichts Neueres gefunden –, aber bereits im Jahr 2013 wurde festgehalten, dass schon jeder zwanzigste Job in Österreich ein Green Job ist. Es erwirtschaften 185 000 Menschen 36,3 Milliarden €. Das ist eine, so denke ich, sehr beachtliche Zahl, und sie zeigt die große Bedeutung auch dieses Zweiges.

Ich möchte auch kurz auf den Themenbereich Freihandelsabkommen CETA zwischen Europa und Kanada zu sprechen kommen. Vor Kurzem sind ja die Pläne der EU-Kommission bekannt geworden, die dahin gehen, CETA als reines EU-Abkommen einzustufen und so an den nationalen Parlamenten vorbeizuschleusen. Meine Fraktion ist strikt gegen diesen Plan. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Bundesrates Stögmüller.)*

Das Abkommen muss als ein gemischtes Abkommen verhandelt und in den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Dafür müssen wir Allianzen in Europa suchen. Und sollten die Auswirkungen auf die Wirtschaft unter Bedachtnahme aller Risiken wirklich so positiv sein, dann wird die Bevölkerung nicht dagegen sein. Aber ich erwarte mir, dass alle Für und Wider klar auf den Tisch kommen und dann eine Entscheidung getroffen wird.

Für mich ist es undenkbar, über den Wirtschaftsstandort Österreich zu sprechen und dabei den Mittelstand auszulassen. Früher verlief die Grenze zwischen Unterschicht und Mittelschicht an der sogenannten Kragenlinie: Es gab zum einen die körperlich

tätigen Arbeiter und zum anderen die meist besser bezahlten Angestellten, die ihren Aufgaben in der Regel mit Schlips und Kragen in einem Büro nachgingen.

Heute ziehen Sozialwissenschaftler vor allem die Bildung und Qualifikation heran, um den gesellschaftlichen Status zu bestimmen. Mindestanforderung für die Mittelschicht ist ein Berufsabschluss. Es ist aber gut möglich, dass das bald nicht mehr genügt und in einigen Jahren schon die Matura oder ein Studium erforderlich sein wird, um zur Mitte zu zählen. (*Bundesrätin Mühlwerth: Das ist eh jetzt schon so!*) Deswegen sind alle Bemühungen, die dem Bildungsbereich gelten, besonders wichtig.

Ich darf aus unserer sozialdemokratischen Sicht drei Schwerpunkte nennen:

Verpflichtender Ausbau der Ganztagschulen, Stärkung der Schulautonomie und, als Schlagwort, „Schuleingangsphase“ und Stärkung der Volksschulen. Ich meine damit, dass das letzte – in Klammern: verpflichtende – Kindergartenjahr und die ersten beiden Volksschuljahre als gemeinsame Schuleingangsphase aufgefasst werden.

Es gibt über die Mittelschicht vieles zu sagen, aber ich denke, es steht außer Streit, dass die Mittelschicht ökonomisch immer stärker unter Druck kommt. Neu ist auch das Prekariat – meist junge, gut ausgebildete Leute, die sich aufgrund von Unsicherheit im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Kurzarbeit zu Teilzeitjobs hanteln müssen. Diese Entwicklung ist nicht nur aus sozialen Erwägungen vehement zu bekämpfen, sondern auch aus ökonomischen, denn die Mittelschicht kann als bedeutendster Einflussfaktor auf die Wirtschaft gesehen werden. (*Bundesrätin Mühlwerth: Da war schon eure Politik auch schuld, nicht nur ...!*) Jahrzehnte eines relativ stabilen Wachstums in Europa haben die Lebensweise der Mittelschicht ermöglicht. Sie hat mehr Güter verbraucht, mehr Dienstleistungen in Anspruch genommen und ist mehr gereist – und all das hat die wirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflusst.

Ich möchte aber hier auch nicht sprechen, ohne die kleinen und mittleren Unternehmen entsprechend zu erwähnen. Sie sind das Rückgrat der Wirtschaft und stellen den wichtigsten Arbeitgeber in diesem Land dar. (*Beifall bei Bundesräten der SPÖ sowie bei der ÖVP.*)

Deswegen ist im Zusammenhang mit einer Stärkung der Wirtschaft und des Wirtschaftsstandortes Österreich auch darüber nachzudenken, wie man in diesem Bereich helfend eingreifen kann.

Auch da habe ich wieder drei Punkte herausgegriffen: Weiterführung der Internationalisierungsoffensive, einfacherer und günstiger Zugang zu Haftungen, zum Beispiel von AWS, und neue Innovations- und Investitionsoffensive für regionale Arbeitsplätze zur optimalen Nutzung von europäischen Mitteln.

Sie sehen, wie mir das Herz übergeht, wenn ich über Wirtschaft in unserem Lande spreche. Ich denke, wir haben hervorragende und innovative Unternehmer und wir haben intelligente und einsatzwillige Arbeitnehmer. Es sei mir gestattet, dir, Frau Präsidentin Zwazl, dafür zu danken, dass du immer so für die Lehre eintrittst. Es kann nicht sein, dass man sagt: Du hast *nur* eine Lehre gemacht! Du bringst immer klar zum Ausdruck, dass die Lehre eine hoch qualifizierte Ausbildung darstellt. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Wegen all dem Gesagten ist mir um den Wirtschaftsstandort Österreich nicht bange. Nur: Wir dürfen dieses Land nicht krankjammern, sondern wir müssen die Ärmel aufkrepeln und zusammenhalten. *(Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth.)* Dann wird Österreich das bleiben, was es jetzt schon ist – einmal zuhören schadet auch nicht, Monika! –: ein kleines Land mit nicht unbeträchtlicher wirtschaftlicher Bedeutung! – Danke. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

9.41

Präsident Josef Saller: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Mag. Pisec. – Bitte.